

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/107

Bonn, den 12. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Annäherung zwischen Bonn und Warschau ----- Nach den deutsch-polnischen Gesprächen am Rhein	42
2	Erschreckende Perspektiven ----- Zur Entführung des deutschen Botschafters in Rio de Janeiro	19
3 - 4	Zeiten der Entscheidungen ----- Nichts wiederholt sich, aber vieles führt zu gleichen Wegen	68
5	Bonner Treffen freier griechischer Akademiker ----- Ziel: Koordinierung der antidiktatorischen Tätigkeit	41

* * *

Annäherung zwischen Bonn und Warschau

Nach den deutsch-polnischen Gesprächen am Rhein

sp - 25 Jahre nach Kriegsende gehen jetzt in den Außenministerien in Bonn und Warschau die Juristen daran, die bei der vierten, vermutlich historischen deutsch-polnischen Gesprächsrunde am Rhein von den Diplomaten erzielten politischen Ergebnisse in Vertragsparagrafen umzugießen. Ziel dieses Vertrages soll die Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten sein, also schließlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als Zeichen für die Verständigung und die dann vielleicht beginnende Versöhnung zwischen Polen und Deutschen.

Dem Leiter der polnischen Delegation, dem stellvertretenden Außenminister Jozef Winiewicz und seinem deutschen Partner, dem verdienten Staatssekretär a.D. Georg Duckwitz, ist es offensichtlich in Bonn gelungen, eine für beide Seiten politisch annehmbare Grundlage für die Formulierung der Grenzvereinbarung zu finden. Besondere Bedeutung dürfte das auf fast eine Stunde ausgedehnte Gespräch zwischen Bundeskanzler Brandt und dem Minister Winiewicz gehabt haben, bei dem es dem Vernehmen nach gelungen ist, den polnischen Gast von der Ernsthaftigkeit des Verständigungswillens der Bundesregierung weiter und zwar entscheidend zu überzeugen. Beide Seiten kamen überein, daß es nicht so sehr um perfektionistische als um wirklichkeitsnahe Lösungen gehen könne. Es hat sich also Einmütigkeit darüber herstellen lassen, daß keine Maximallösungen gefunden, sondern mehr politisch als juristisch präzisierete praktische Formulierungen gefunden werden müssen, die eine vertragliche dauerhafte Grenzregelung gestatten.

Besonderen Raum haben bei diesen Bonner Gesprächen auch wirtschaftspolitische Fragen eingenommen. Dies war notwendig geworden, nachdem die seit Monaten getrennt geführten eigentlichen Verhandlungen über einen mehrjährigen Wirtschaftsvertrag bislang noch nicht abgeschlossen werden konnten. Haupthindernis ist die

mit der polnischen Gatt-Mitgliedschaft - Polen ist das einzige Gatt-Mitglied des Ostblocks - begründete Forderung auf Gleichbehandlung mit den übrigen Gatt-Staaten im Westen, also auf Liberalisierung der Einfuhren aus Polen. Die bisherigen Bonner Bedenken dürften ausgeräumt sein. Die Polen, die ohnehin die langfristige Perspektive ihrer Annäherung an die Bundesrepublik stark unter wirtschaftspolitischen Aspekten sehen, erhoffen nun baldige Fortschritte in Richtung auf den Abschluß des Wirtschaftsabkommens. Dieser wirtschaftspolitische Aspekt drückt sich auch in der inzwischen in die politischen Gespräche übernommenen Behandlung der Frage nach der Aufwertung der Handelsmissionen beider Staaten in Köln und Warschau durch Verleihung konsularischer Befugnisse aus.

+ + +

Erschreckende Perspektiven

Zur Entführung des deutschen Botschafters in Rio de Janeiro

sp - Die Entführung des deutschen Botschafters in Rio de Janeiro, von Holleben, durch innenpolitische Gegner des in Brasilien herrschenden Regimes ist ein Verbrechen, das sich durch nichts entschuldigen läßt. Wohin gerät die Welt, wenn die innenpolitischen Gegensätze in einem von Unruhen bewegten Land auf Kosten der akkreditierten Vertreter anderer Staaten ausgetragen werden? Die Grundlagen des Völkerrechtes und der Zivilisation kommen in Gefahr. Die tiefen Besorgnisse, die Bundesaußenminister Walter Scheel im Zusammenhang mit der Entführung eines zweiten deutschen Botschafters geäußert hat- das tragische Schicksal des ermordeten Guatemala-Botschafters von Spreti ist noch in böser Erinnerung -, daß das der Anfang einer langen Kette von politischen Verbrechen sein könnte, sind nur allzu gerechtfertigt. Sie entsprechen den Empfindungen der gesamten zivilisierten Welt. Das geht alle an, wo immer sie auch stehen und welche Ideologien, Staats- oder Gesellschaftsauffassungen sie auch immer vertreten mögen. Wenn diesem gegen unschuldige Menschen gerichteten Terror nicht wirksam begegnet werden kann, dann drohen auf dem Gebiet zwischenstaatlicher Beziehungen anarchistische Zustände einzureißen. Hier ergeben sich für das letzte Drittel dieses Jahrhunderts erschreckende Perspektiven.

+ + +

Zeiten der Entscheidungen

Nichts wiederholt sich, aber vieles führt zu gleichen Wegen.

sp - Die Opposition im Bundestag will es zwar nicht zugeben, aber sie weiß es nicht minder: Politik einer deutschen Bundesregierung kann heute nicht mehr wie fast zwanzig Jahre geschehen mit allgemeinen Beteuerungen betrieben werden, auch nicht mit billigen Beschwörungen, es gehe um das Fundament des Staates, sondern sie muß konkrete Entscheidungen treffen und festschreiben, für Deutschland und für seine Nachbarn verbindlich. Nach dem zweiten verlorenen Kriege hatte das Entstehen und die Entwicklung zweier Machtblöcke deutschen Politikern Gelegenheit zum Ausweichen gegeben. Diese Zeit wurde von den verantwortlichen Regierungen leider nicht zu konstruktiven Vorschlägen für die Lösung der deutschen Fragen (nicht nur der Wiedervereinigung) benutzt, jedenfalls nicht zu solchen, die einer Politik der Vernunft entsprochen hätten. Weder Verbündete noch Zweifelnde haben akzeptiert, was in Bonn konzipiert wurde: Das noch immer unveröffentlichte deutsche Memorandum vom 8. August 1963 fand bei den Westmächten so wenig Zustimmung wie die stets nur deklamierten Überlegungen zu Diskussionen mit den Ländern des Ostblocks. Es wurden zwei Jahrzehnte in dem Wahn vertan, man könne um deutsche Entscheidungen, und das heißt Opfer, herumlavieren.

Die Regierung des Kanzlers Willy Brandt konnte und wollte den Entscheidungen nicht mehr ausweichen, zu denen mit ermüdender Häufigkeit wiederholte allgemeine Beteuerungen, etwa von Rainer Barzel, nicht den kleinsten Akzent beitragen. Wenn es "um das Fundament des Staates" geht, was heute entschieden, gesagt, getan, geplant wird, dann ist die Hilfe für eine Sicherung des Fundaments einer Entwicklung der deutschen Sache von der CDU her nur von äußerst geringem Wert. Von der CDU muß man in diesem Zusammenhang so lange schweigen, wie sie einen Franz Josef Strauß für sich verbindlich agieren läßt.

Es gibt einen Maßstab, an dem die CDU selbst ihre historische Position und Aufgabe erkennen und die Haltung bewerten kann, die sie in diesen Zeiten der Entscheidungen einnimmt. Vor fast einem halben Jahrhundert war die Partei, auf deren geistigen und politischen Fundamenten die CDU beruht, schon einmal gefordert, einen klaren Weg zu gehen.

Der Vertrag von Versailles, 1919 geschlossen, hatte viele nach dem Kriege in Deutschland entstandenen Fragen nur berührt, kaum beant-

wortet. Jede Reichsregierung mühte sich um schrittweise erreichbare Fortschritte, um Erleichterungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet; das hieß, um Minderung der Reparationslast, um Beziehungen zu allen Nachbarstaaten im Westen und Osten und um die Festigung des inneren Friedens in der jungen Republik. Jede Reichsregierung fand im Inneren nicht nur Gegner, sondern Feinde ihrer mühevollen Arbeit. Das politische Klima verschlechterte sich von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat. Die Attentate auf die Reichsminister Erzberger und Rathenau - beide führten zu Morden - und viele andere, die weniger tragisch endeten, schufen eine Situation, die den damaligen Reichskanzler Josef Wirth im Reichstag (Juni 1922) zu dem leidenschaftlichen Appell zwang:

"Die Politik, die wir erstrebt haben, läuft hinaus auf eine vernünftige Lösung des ganzen Reparationsproblems auf wirtschaftlicher Basis. Geduld und vor allem Geduld ist notwendig. Wer diese Geduld nicht aufbringt, der hat sich aus der Rettungsarbeit für unser Vaterland ausgeschaltet. Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunden des Volkes träufelt. Da steht der Feind - und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts."

Ihm antwortete tosender Beifall im katholischen Zentrum, dem Josef Wirth angehörte, bei Demokraten und Sozialdemokraten, die Tribünen donnerten mit - unvergesslich für jeden, der es erlebte. Die Presse des Inlandes freilich, soweit sie den Parteien der Rechten nahestand, und diese selbst verharrten in sturem Egoismus, den sie "nationales Interesse" nannten. Das Ausland war von der Redlichkeit des Bemühens des Kanzlers tief beeindruckt. Man sagte ihm und seiner Politik für Deutschland Erfolg und Zukunft voraus.

Daß dann politische Verbohrtheit, persönliche Infamie und jener "flagrante Mangel an Wirklichkeitssinn", den der Zentrumspolitiker Heinrich Brüning bei deutschen Politikern allgemein beklagt, stärker waren als die Vernunft, hat Deutschlands Weg in die Zukunft und bis zum völligen Zusammenbruch bestimmt. Man sollte die Vorgänge aus jenen Jahren heute kennen. Nichts wird sich wiederholen, aber vieles führt zu gleichen Wegen.

Fritz Sängner

+ + +

Bonner Treffen freier griechischer Akademiker

Ziel: Koordinierung der antidiktatorischen Tätigkeit

Im Kampf des griechischen Volkes um die Wiederherstellung der Demokratie sind die im Ausland lebenden griechischen Intellektuellen ein wesentlicher Faktor. Hochschulprofessoren, Publizisten, Rechtsanwälte und Vertreter aller Zweige der Wissenschaft haben seit dem 21. April 1967 in Westeuropa an den Universitäten, in der Presse und bei den verschiedenen internationalen Organisationen maßgeblich dazu beigetragen, die griechische Frage der Weltöffentlichkeit ins Bewußtsein zu bringen und zu erläutern. So schrieb zum Beispiel die Pariser Zeitung "Le Monde", daß der Ausschluß der Junta aus dem Europarat vor allem auf die konsequente politische Tätigkeit der Exilgriechen zurückzuführen sei.

Eine Gruppe von namhaften griechischen Intellektuellen, die in der Bundesrepublik, in Frankreich, in England und in der Schweiz leben, haben sich in Straßburg auf Initiative des griechischen Ordinarius für Verfassungsrecht an der dortigen Universität, Professor Phaedon Vegleris, getroffen. Sie schufen die Voraussetzungen für eine Koordinierung der Aufklärungstätigkeit, um das Interesse des Auslandes an den tragischen Verhältnissen in Griechenland zu stärken. An diesem Wochenende werden sie in einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn konkret über ihre Zusammenarbeit diskutieren, eine gemeinsame Erklärung an das griechische Volk richten und die Bildung eines Vereins der freien griechischen Akademiker in Westeuropa vorbereiten. Das Hauptziel ist es hierbei, innerhalb der internationalen Organisationen, in denen Griechenland noch Mitglied ist, mit sachlichen und demokratischen Mitteln auf den Ausschluß des Militärregimes hinzuwirken.

Aus der Bundesrepublik Deutschland nehmen an diesem Treffen teil der Komponist Argyris Kounadis, der Rechtsanwalt Dr. Karl Papoulias, der Leiter der griechischen Sendung der Deutschen Welle, Kostas Nikolaou, der Architekt Georg Tsouyopoulos und ein Widerstandskämpfer, der kürzlich aus Griechenland geflohen ist, aus Frankreich neben Professor Vegleris der Publizist Marios Floritis und der Nationalökonom Spilios Papaspiliopoulos, aus England der Journalist Spyros Giannatos und aus der Schweiz der Schriftsteller Evangelos Goufas. Sie sind zum Teil unabhängige Demokraten und gehören zum Teil den Widerstandsorganisationen "Demokratische Verteidigung" und "Panhellenische Befreiungsbewegung" an.

Auf dieses Zusammentreffen in Bonn folgt bald die Gründungsversammlung des Vereins der freien griechischen Akademiker, an dem eine größere Zahl griechischer Intellektueller in Westeuropa teilnehmen wird.

Dr. Basil Mathiopoulos